

Statement: Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik, Diakonie Deutschland zu Digitalisierung

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 65211-1632
F +49 30 65211-3632
maria.loheide@diakonie.de
www.diakonie.de

Seit dem 16. Dezember gilt in Deutschland ein erneuter Lockdown. Deutliche Beschränkungen des öffentlichen Lebens gibt es bereits seit November. Kontakte sind auf ein Mindestmaß begrenzt. Vieles wird digitalisiert: Wo möglich, arbeiten Berufstätige im Homeoffice, Videokonferenzen ersetzen persönliche Treffen, berufliche und private Kontakte finden weitestgehend digital über Computer oder Handy statt.

Was medizinisch sinnvoll ist, ist aber für Menschen mit Armutserfahrung ein großes Problem. Vieles, was vorher persönlich stattfand und im direkten Kontakt erledigt und besprochen werden konnte, ist jetzt nur noch digital machbar.

Für Behördengänge und Anträge wird ein Computer benötigt. Auch Rückfragen und Beratung setzen einen digitalen Zugang voraus. Informationen können nicht mehr direkt eingeholt, sondern müssen online recherchiert werden.

Die Teilnahme an politischen Veranstaltungen, an kulturellen Angeboten oder die Kontaktpflege zu Freundinnen und Freunden ist ohne Internetzugang kaum möglich.

Dramatisch ist die Situation für in Armut lebende Schülerinnen und Schüler. Bei Homeschooling, Unterrichtsausfall, Quarantäne oder Unterricht im Wechselmodell brauchen sie einen Computer und einen Drucker. Das ist im Bildungs- und Teilhabepaket nicht vorgesehen. Das Digitalpaket von Bund und Ländern schließt diese Lücke nur zum Teil. Viele Familien klagen vor den Sozialgerichten, um einen Schulcomputer zu erhalten.

Die umfassenden Probleme von Menschen mit Armutserfahrung beim digitalen Zugang zu Bildung, Teilhabe, Kultur, Politik, Sozialleistungen, Behördenangeboten und sozialen Kontakten sind nicht erst mit der Corona-Pandemie entstanden. Mit Pandemie und den Lockdown-Bestimmungen ist der digitale Handlungsdruck aber massiv angestiegen. Wer heute keine digitale Grundausstattung hat, erlebt Ausgrenzung, ist außen vor und wird schließlich gesellschaftlich und medial unsichtbar.

Darum muss jetzt dringend gehandelt werden. Digitale Zugänge sind Teil des sozialen und kulturellen Existenzminimums aller Menschen.

- Darum fordert die Diakonie Bund, Länder und Kommunen auf, ein bundesweites Programm „Digitale Beteiligung“ umzusetzen, mit dem innerhalb von vier Jahren digitale Zugänge für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen werden. Dazu gehören:
- Der massive Ausbau von öffentlichem WLAN und eine gezielte Förderung von Online-Zugängen für Menschen mit Armutserfahrung in Hilfe- und Beratungseinrichtungen.

- Die Versorgung von in Armut Lebenden mit einer digitalen Grundausstattung, die als direkte Sozialleistung finanziert wird.
- Flächendeckende Schulungsangebote für Menschen, denen grundlegende digitale Kompetenzen fehlen.
- Die digitale Grundversorgung von in Armut lebenden Schülerinnen und Schülern, die bisher nicht vom Digitalpakt, erreicht werden.
- Die Förderung der digitalen Vernetzung von Initiativen zur Interessenvertretung der Menschen mit Armutserfahrung.
- Die Einbindung von Bürger*innen und Verbänden in die Ausgestaltung des Programms „Digitale Beteiligung“ vor Ort.
- Kommunen in finanzieller Notlage, die keine Kofinanzierung aufbringen können, müssen bei der Programmumsetzung unterstützt werden.

Ich freue mich, dass Jürgen Schneider, mit eigener Armutserfahrung im Armutsnetzwerk aktiv, aus seiner persönlichen Sicht begründet, warum dringender Handlungsbedarf besteht.

Berlin, 05. Januar 2021

Gez.
Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik
Diakonie Deutschland